

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Danny Freymark (CDU)

vom 25. November 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. November 2021)

zum Thema:

Zukunft des ehemaligen DDR-Gefängnisses an der Keibelstraße

und **Antwort** vom 09. Dezember 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Dez. 2021)

Herrn Abgeordneten Danny Freymark (CDU)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19 / 10203

vom 25.11.2021

über **Zukunft des ehemaligen DDR-Gefängnisses an der Keibelstraße**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie und in welchem Umfang wird das Gelände des ehemaligen DDR-Gefängnisses an der Keibelstraße zurzeit genutzt? Wie viele Besucher gab es in diesem Zusammenhang seit 2018 jährlich?

Zu 1.: Im 1. Obergeschoss des historischen Gefängnistrakts, sowie den ebenengleich anliegenden Räumen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBild-JugFam) befindet sich ein „Lernort“, der dort momentan historische, politische und kulturelle Bildungsarbeit leistet. Das übrige Gelände des ehemaligen Gefängnistrakts wird derzeit nicht genutzt, abgesehen von den ebenengleich anliegenden Räumen der anderen Geschosse, die historisch einmal zum Komplex gehört haben, im Zuge früherer Umbaumaßnahmen, aber von diesem abgetrennt, wurden und jetzt von der SenBild-JugFam genutzt werden.

Besuchszahlen Lernort Keibelstraße – Öffnung Februar 2019

	2019	2020	2021 (Stand 30.11.2021)
Schülerinnen und Schüler (inkl. Lehrkräfte)	1007	405	370
Schülerinnen und Schüler Online-Seminare	-	44	126
Führungen	682	215	145
Lehrkräfte (Fortbildung und Präsentation)	38	12	84

Studierende	69	12	15
Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter Gedenkstätten	20	14	1

2. Befürwortet der Senat die Forderung des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten bezüglich der Entwicklung des ehemaligen DDR-Gefängnisses zu einem öffentlich zugänglichen Erinnerungsort?

Zu 2.: Ja.

3. Wie bewertet der Senat die dazu vorgelegte Machbarkeitsstudie vom 04.06.2021? Welche Schlüsse zieht der Senat für die künftige Nutzung daraus?

Zu 3.: Der Berliner Senat ist der Auffassung, dass sich das ehemalige Polizeigefängnis Keibelstraße exemplarisch und in besonderer Weise als Gedenk-, Erinnerungs- und Lernort eignet, die Zusammenhänge von Vermischung von Parteipolitik mit exekutiver Gewalt und Bestrafung aufzuzeigen, und angesichts seiner historischen Bedeutung und zentralen Lage für eine Öffnung baulich und denkmalgerecht ertüchtigt werden sollte. Die vorgelegte Machbarkeitsstudie verdeutlicht, dass eine Öffnung und denkmalgerechte Sanierung des Hafttraktes möglich ist.

4. Wird sich der Senat auf Bundesebene für die Einrichtung des angedachten Erinnerungsortes einsetzen?

Zu 4.: Ja.

5. Welchen Stellenwert werden die Aufarbeitung und Erinnerung an die SED-Diktatur in der DDR im Allgemeinen in Zukunft im Senat einnehmen?

Zu 5.: Die Förderung der Erinnerung an die Demokratieggeschichte sowie die Aufarbeitung und Erinnerung an die SED-Diktatur sind wichtige kulturpolitische Ziele des Berliner Senats.

6. Welche weiteren Projekte und Vorhaben im Zusammenhang mit der Erinnerung an die SED-Diktatur in der DDR möchte der Senat entwickeln und vorantreiben?

Zu 6.: Neben dem Ausbau des ehemaligen Polizeigefängnisses in der Keibelstraße als Erinnerungsort unterstützt der Senat die Weiterentwicklung des Campus für Demokratie durch den Bund, die Entwicklung eines Erinnerungs- und Bildungsortes am Checkpoint Charlie und unterstützt Institutionen und zahlreiche einzelne Projekte.

7. Inwieweit ist es geplant, ehemalige Häftlinge und Zeitzeugen in die Planungen zur künftigen Nutzung des Erinnerungsortes einzubeziehen?

Zu 7.: Interviews und Berichte ehemaliger Häftlinge und Zeitzeugen bilden seit Eröffnung des Lernortes einen wesentlichen Schwerpunkt der Bildungsarbeit. Im Rahmen der in 2021 begonnenen Erforschung der Geschichte des ehemaligen Polizeigefängnisses Keibelstraße begründen die Häftlinge mit ihren Biographien neben dem Haftbetrieb im historisch-politischen Kontext einen Untersuchungsschwerpunkt.

Berlin, den 09.12.2021

In Vertretung

Gerry Woop
Senatsverwaltung für Kultur und Europa